



SACHSEN-ANHALT

Ministerium für
Arbeit, Soziales, Gesundheit
und Gleichstellung

Die Ministerin

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung des Landes Sachsen-Anhalt
Postfach 39 11 55 · 39135 Magdeburg

Landtag von Sachsen-Anhalt
Herrn Landtagspräsident
Dr. Gunnar Schellenberger, MdL
Domplatz 6 – 9
39104 Magdeburg

03.01.2025

Mitglied des Landtages Thomas Staudt (CDU)

**Aktueller Stand der medizinischen Notfallversorgung in Genthin und
Umgebung**

Kleine Anfrage – **KA 8/2783**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

beigefügt übersende ich Ihnen die Antwort der Landesregierung - erstellt vom
Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung - auf die o. g.
Kleine Anfrage.

Mit freundlichen Grüßen

Petra Grimm-Benne

Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Sachsen-Anhalt
#moderndenken

Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung

Mitglied des Landtages Thomas Staudt (CDU)

Aktueller Stand der medizinischen Notfallversorgung in Genthin und Umgebung Kleine Anfrage – KA 8/2783

Vorbemerkung des Fragestellenden

Seit acht Jahren gibt es in Genthin kein Krankenhaus mehr. In dieser Zeit haben Bürgerinnen und Bürger wiederholt demonstriert und eine bessere medizinische Versorgung gefordert. Neben der Klinikschließung sorgt vor allem die große Entfernung zur nächsten Notaufnahme - rund 30 Kilometer - für Unmut.

Um die medizinische Notfallversorgung zu verbessern, wurde ein Konzept entwickelt, das spätestens 2026 eine Anlaufstelle in Genthin vorsieht. Diese soll auch außerhalb der regulären Sprechzeiten für akute Beschwerden erreichbar sein.

Vorbemerkung der Landesregierung

Die Landesregierung nimmt die Sorge der Bevölkerung von Genthin ernst. Daher begannen bereits kurz nach der Schließung des Krankenhauses im September 2017 Gespräche – auch mit der Kassenärztlichen Vereinigung Sachsen-Anhalt (KVSA) – darüber, wie die Gesundheitsversorgung in der Region Genthin nach der Schließung sichergestellt werden könne. Dem Thema der Notfallversorgung kommt hierbei eine besondere Bedeutung zu.

Die Stadt Genthin richtete den (Sonder-)Ausschuss „Medizinische Versorgung“ ein, der sich mit der Gesundheitsversorgung in der Region Genthin beschäftigt. Der Sonderausschuss trat mit der Bitte, eine Lösung für die Gesundheitsversorgung der Bürgerinnen und Bürger zu finden, an die Landesregierung heran und fungiert für diese als Ansprechpartner. Trotz der Feststellung, dass die ambulante Versorgung im Bereich der Stadt Genthin gut aufgestellt ist, nutzte die Landesregierung die im Rahmen des Gesetzes über das Sondervermögen „Corona“ (Corona-Sondervermögensgesetz – Cor-SVG) geschaffene Möglichkeit, auch das Thema der Gesundheitsversorgung in der Region Genthin in diesem Zusammenhang aufzugreifen. Die Landesregierung bedient sich der PD – Berater der Öffentlichen Hand GmbH, um gemeinsam mit der Stadt

Genthin die Lage der Gesundheitsversorgung in der Region zu analysieren, Bedarfe zu ermitteln und Lösungsmöglichkeiten zu entwickeln.

Die PD wertete bislang verschiedene Daten zur ambulanten Versorgung vor Ort, zum Rettungsdienst, der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung sowie über das stationäre Leistungsgeschehen in Sachsen-Anhalt und Daten von ausgewählten brandenburgischen Krankenhäusern aus. Im Ergebnis wies die Region anhand der gesetzlichen Vorgaben eine in fast allen Fachrichtungen und bezüglich des Bereitschaftsdienstes (vertragsärztlichen Notdienstes) gute ambulante Versorgung auf, wobei einige Behandlungen eine längere Anreise erforderten. Auch die rettungsdienstliche Versorgung stellte sich nicht als problematisch dar.

Die PD führte – teilweise vor Ort – Gespräche mit den an der Gesundheitsversorgung im Raum Genthin Beteiligten und berichtete regelmäßig den Vorsitzenden des Sonderausschusses. Die Auswahl der Interviewpartnerinnen und -partner fand in Absprache mit der Landesregierung sowie den Vorsitzenden des Sonderausschusses statt. Die Ergebnisse der Datenanalysen und der Gespräche mit den an der Gesundheitsversorgung im Raum Genthin Beteiligten wurden zuletzt in einer Sitzung des Sonderausschusses am 29. Mai 2024 vorgestellt. Weiterhin wurde im Zeitraum vom 12. Mai 2024 bis 2. Juni 2024 eine Befragung der Bürgerinnen und Bürger mit Wohnort in Genthin, Elbe-Parey und Jerichow sowohl analog als auch digital durchgeführt. Die Inhalte des Fragebogens wurden vorab gemeinsam zwischen Mitgliedern des Sonderausschusses und der Landesregierung bzw. der PD abgestimmt. Aufgrund der Kommunalwahlen im Juni 2024 konnten die Ergebnisse der Befragung der Bürgerinnen und Bürger noch nicht vorgestellt und ausgewertet werden, da lange unklar war, wer weiter für die Stadt Genthin das Projekt begleitet. Inzwischen hat sich der Ausschuss neu konstituiert und die Gespräche zur medizinischen Versorgung in Genthin und Umgebung wurden auf politischer Ebene wieder aufgenommen.

Antwort der Landesregierung erstellt vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Frage:

Wie ist der aktuelle Stand dieses Konzeptes? In welchem Zeitrahmen ist die Umsetzung realistisch?

Antwort:

Der Landesregierung ist ein Konzept, das spätestens 2026 eine Anlaufstelle in Genthin vorsieht, nicht bekannt. Im Übrigen wird auf die Vorbemerkung der Landesregierung verwiesen.